

gastbeitrag

Pauschalverdacht ist diskriminierend

SILVIA SCHENKER



Die SP-Nationalrätin analysiert das Vorgehen der IV-Stellen, die mit einer Checkliste nach potenziellen Betrügern suchen.

Wer IV-Leistungen beziehen will, steht seit Anfang September unter Pauschalverdacht, Missbrauch betreiben zu wollen. Migranten machen sich dabei schon allein aufgrund ihrer Herkunft verdächtig. Das ist diskriminierend und unfair.

MIGRANTEN IM VISIER. Vor einer Woche wurde publik, dass die IV-Stellen seit Anfang September mit einer Checkliste gegen angeblichen oder vermuteten Verdacht auf Missbrauch bei der Invalidenversicherung vorgehen. Die Checkliste wird auf sämtliche Dossiers von Personen angewendet, die Leistungen bei der IV beantragen und auf sämtliche Dossiers, die einer der regelmässigen Revisionen unterzogen werden. Wer eine bestimmte Punktzahl erreicht, dessen Dossier wird durch einen Spezialisten näher angeschaut. Dieses Vorgehen lässt mindestens in zweifacher Hinsicht aufhorchen: Erstens werden offenbar alle, die IV-Leistungen beziehen, unter Generalverdacht gestellt. Die SVP-Verunsicherungs-Propaganda wirkt offenbar bis tief ins Bundesamt für Sozialversicherungen hinein. Anders kann das Vorgehen des BSV nicht erklärt werden. Der zweite – ebenso kritische – Punkt, liegt in einem Kriterium, das auf dieser Checkliste zu finden ist. Menschen mit Migrationshintergrund erhalten allein aufgrund dieser Tatsache drei «Strafpunkte». Migrantinnen und Migranten – so sehen es offenbar die VerfasserInnen dieser Checkliste – sind in

In erster Linie leiden diejenigen Menschen unter dem Missbrauch, die auf IV-Leistungen angewiesen sind.

einem höheren Masse bereit, missbräuchlich Leistungen der IV zu erschleichen als Schweizerinnen und Schweizer. In unserer Verfassung steht aber, dass niemand aufgrund seiner Herkunft diskriminiert werden darf. Verdachtspunkte sammelt auch, wer einmal ein Schleudert trauma erlitten hat. Ist ein solcher Pauschalverdacht wirklich verfassungsrechtlich sauber? Ich werde in einem Vorstoss verlangen, dass die Frage der Verfassungsmässigkeit dieses Vorgehens geprüft wird. Zudem möchte ich vom Bundesamt für Sozialversicherungen (BSV) eine Erklärung, warum sich in Zukunft alle Personen, die um Leistungen der IV ersuchen, dem Missbrauchsverdacht aussetzen müssen. Anlässlich der Debatte um die 5. IV-Revision betonte das BSV immer, genau diesen Generalverdacht nicht zu hegen. Nun, ein paar Monate nach Inkrafttreten des neuen Gesetzes, sieht das offenbar ganz anders aus.

UNFAIRES VORGEHEN. Eines möchte ich klarstellen: Wer missbräuchlich Leistungen von einer Sozialversicherung erschleicht, muss bestraft werden. Die zuständigen Stellen müssen und dürfen dort, wo ein Verdacht besteht, aktiv werden und die Dossiers genau unter die Lupe nehmen. Dagegen habe ich nichts, im Gegenteil. Ich bin davon überzeugt, dass in erster Linie diejenigen Menschen unter dem Missbrauch – den es fraglos gibt – leiden, die auf IV-Leistungen angewiesen sind und diese zu Recht zugesprochen erhalten. Wegen des tatsächlich vorkommenden Missbrauchs werden, wie es das Beispiel der Checkliste zeigt, viele Menschen einem Generalverdacht ausgesetzt. Das ist diskriminierend, das ist unfair, das ist stossend.

briefe

Ein Ja zur Initiative ist im Sinne aller

St. Gallen tappt im Rauchernebel; BaZ 17.9.08

Ausnahmeregelungen schaffen immer Probleme, wenn es um den Gesetzesvollzug geht. Ausnahmen in der rauchfreien Gastronomie führen zu Wettbewerbsverzerrungen für die Wirte, Unklarheit bei den Gästen, ungenügendem Schutz des Personals und Bürokratie für den Staat. Das ist heute in St. Gallen so und wird auch in Basel und der ganzen Schweiz so sein, wenn wir beim Passivrauchschutz keine einheitliche Regelung finden. Die Basler Volksinitiative «Schutz vor Passivrauchen» bringt gleiche Bedingungen für alle Wirte, einen wirksamen Schutz des Personals und ermöglicht es Raucherinnen und Rauchern auch weiterhin, in Fumoirs zu rauchen. Sie bringt für Basel eine vertretbare Lösung, die im Ausland und in vielen Schweizer Kantonen bereits erfolgreich umgesetzt wurde. Ein Ja zur Volksinitiative am 28. September ist also im Sinne aller und wird dazu führen, dass in Basler Beizen die Rauchfreiheit selbstverständlich ist – so wie es heute bereits bei den SBB der Fall ist.

THOMAS BAUMGARTNER, BASEL

Nur nationale Lösung macht Sinn

Der Nationalrat wird knapp an Raucherbeizen festhalten; BaZ 18.9.08

Als Nichtraucher und in Kenntnis der Nebenwirkungen bin ich dennoch gegen ein radikales Rauchverbot in den Restaurants. Auch unterschiedliche kantonale Lösungen benötigen wir nicht wirklich, solche haben wir nämlich bereits genug bzw. wir versuchen, diese mit viel Aufwand zu vereinheitlichen. In Kürze wird es eine nationale Lösung geben, die beide Seiten berücksichtigt. Jeder Besucher kann frei wählen, in welchem Raum er sich aufhalten will. Auch der Gastronomarbeiter kann frei wählen. Ein kantonales absolutes Rauchverbot macht einfach keinen Sinn. Darum gehört ein Nein in die Urne.

MICHAEL FAVROD, UNTERENTFELDEN

Auch fürs Baselbiet klares Signal setzen

Zürcher Nichtraucher sterben grausam/Leserbriefe; BaZ diverse

In Basel-Landschaft haben wir gespannt die Basler Debatte um rauchfreie Gaststätten verfolgt. Die Baselbieter Bevölkerung wird ebenfalls bald über die Volksinitiative «Schutz vor Passivrauchen», die in beiden Kantonen gleichzeitig eingereicht wurde, zu entscheiden haben. Als Mitglieder des Baselbieter Initiativkomitees begrüßen wir, dass sich das Basler Komitee klar von der geschmacklosen Zürcher Kampagne distanziert und sich zusammen mit uns für eine sachliche Debatte zur Verbesserung des Passivrauchschutzes einsetzt. Mehr Lebensqualität durch rauchfreies Essen und Arbeiten. Darum geht es, und dies soll über gegenseitiges Verständnis und nicht über Provokation erreicht werden. In sechs Kantonen stimmte die Bevölkerung bereits über rauchfreie Restaurants ab. Die Resultate sind eindeutig: Sechsmal stimmte die Bevölkerung klar zu mit Ja-Anteilen von bis zu 79 Prozent! Basels Nachbarn und fast alle Kantone setzen auf rauch-

Liebe Leserin, lieber Leser

Möchten Sie einen Leserbrief schreiben? Wir freuen uns über Ihre Zuschrift und sagen Ihnen gerne, was Sie beachten sollten. In diesem Forum erscheinen Zuschriften, die sich auf BaZ-Artikel beziehen. Um möglichst viele Briefe veröffentlichen zu können, müssen wir uns Kürzungen vorbehalten. Bitte geben Sie Ihren vollen Namen, Ihre Adresse und die Telefonnummer für allfällige Rückfragen an: **Basler Zeitung, Leserbriefe, Postfach, 4002 Basel E-Mail: leserbrief@baz.ch Leserbrief per Internet-Formular: <http://verlag.baz.ch/leserbrief>**

leserfoto



Open-Air-Transport.

BAMBUS-BAHN. Der «Bamboo train» – eine Konstruktion aus zwei Achsen und einer Bambuspalette, auf der man sitzen kann; gesehen im kambodschanischen Battambang.

LESERFOTO ROLAND BRACHER, ALLSCHWIL

Haben auch Sie ein interessantes Foto geschossen?

Senden Sie es an «leserbrief@baz.ch» (inkl. Bildunterschrift und Ihres Namens). Über die Auswahl der Fotos und deren Erscheinen in der Basler Zeitung wird keine Korrespondenz geführt. Der Abdruck erfolgt honorarfrei.

freies Essen und Arbeiten und warten nicht mehr länger auf eine unsichere Bundeslösung. Überall dort, wo die Rauchfreiheit bereits gilt, ist sie zur Selbstverständlichkeit geworden. Wir sind zuversichtlich, dass sich die Baslerinnen und Basler am 28. September für einen wirksamen Schutz des Personals aussprechen und damit auch für Basel-Landschaft ein klares Signal setzen werden.

MARTIN RÜEGG, ELISABETH AUGSTBURGER, LANDRÄTE

«Ja» ist fair, auch für korrekten Vermieter

Gastbeitrag: MV-Initiative schadet Mietern; BaZ 18.9.08

Unser «Ja» zur Mietwohnschutzinitiative ist fair, gerade auch für den korrekten Vermieter. Diesem wird auch bei einem «Ja» in der jetzt laufenden Abstimmung noch immer ein Aufschlag bewilligt – ja sogar bis zu einem Drittel über den statistischen Durchschnittsmieten. Falsch und kein guter Stil ist es daher, wenn ein ausgefeilter Immobilienanwalt ein Zitat aus dem Zusammenhang reißt und unsere Initiative «Ja zu einem besseren Wohnschutz für Mieterinnen und Mieter» dadurch verfälscht. Er müsste verstanden haben, dass Aufschläge an der unteren statistischen Bandbreite für Vermieter bloss dann gelten, wenn eine Mietpartei auf (besonders) preisgünstigen Wohnraum angewiesen ist. Einen solchen «verkleinerten» Gewinn wird ein Vermieter ja wohl noch verkraften. Ein «Ja» stört also, zusammengefasst, nur jene Vermieter, die ihre Liegenschaften spekulativ kaufen oder sanieren, um fette Renditen zu machen. Ein solches Abstimmungs-«Ja» ist vermietetfreundlich und exemplarisch fair.

BEAT LEUTHARDT, LEITER RECHTSABTEILUNG MIETERINNEN- UND MIETERVERBAND (MV BASEL)

Steuergelder für wichtigere Aufgaben

Debatte zur freien Schulwahl; BaZ diverse

Da wird davon geredet, dass Konkurrenz im Schulwesen die Bildung unserer Kinder verbessern soll. Reden wir doch einmal darüber, was die Folgen sind und um was es wirklich geht, sollte die Abstimmung im Sinne der Befürworter verlaufen.

1. Die Privatschulen sollen vom Staat subventioniert werden. Woher nimmt der Staat das Geld? Entweder vom Budget, das für die staatlichen Schulen bestimmt ist. Das würde zur Folge haben, dass für diese Schule weniger Geld zur Verfügung stehen würde und dass damit das jetzige Lernprogramm zurückgestuft oder gar Personal abgebaut werden müsste. Dies würde ganz sicher nicht zu einer Verbesserung des jetzigen Zustandes führen. Die zweite Möglichkeit wäre, der Staat würde die

Mehrkosten durch Steuererhöhung kompensieren.

2. Wie es der Name Privatschulen sagt, handelt es sich um Privatunternehmen. Ich habe noch von keinem Privatunternehmen – und dabei meine ich nicht Stiftungen und wohltätige Organisationen – gehört, welche nicht gewinnorientiert arbeiten. Dazu ist zu sagen, dass es nicht die Aufgabe des Steuerzahlers ist, die Rendite eines Privatunternehmens zu gewährleisten. Ich bin der Ansicht, dass der Staat die Steuergelder für wesentlich wichtigere Aufgaben verwenden muss.

GOTTFRIED AUER, OBERWIL

Alle Produkte auf Schädlichkeit geprüft

Ayurveda-Naturheilmittel sind oft giftig; BaZ 10.9.08

Im Artikel steht, dass ayurvedische Naturheilmittel oft giftige Schwermetalle enthalten würden und dass «die Szene meist von der Bewegung der Transzendentalen Meditation in Seelisberg geprägt sei». Wir als Vertriebsfirmen für Maharishi-Ayurveda-Produkte legen grossen Wert darauf festzustellen, dass alle unsere Produkte auf Schwermetallgehalt sowie auf Pestizide und schädliche Mikroben überprüft werden und selbstverständlich nichts auf den Markt gelangt, das nicht die hierzulande gültigen Grenzwerte einhält.

OLIVER WERNER, AYURVEDA AG, SEELISBERG

Solche Kässeli-Politik ist verantwortungslos

Jährlich 15 Millionen für den öffentlichen Verkehr; BaZ 13.9.08

Bisher wurden Projekte und Bauvorhaben im öffentlichen Verkehr durch den Landrat beschlossen. Diese objektbezogene Kreditsprechung durch das Parlament hat sich bewährt und ist vor allem transparent. Es besteht überhaupt kein Grund, an dieser Praxis etwas zu ändern. Die bisherige Baselbieter Verkehrspolitik ist erfolgreich, weil sie bedarfsgerecht agiert und im gesamtwirtschaftlichen Interesse sowohl den ÖV als auch den motorisierten Individualverkehr angemessen berücksichtigt. Eine gut ausgebaute Verkehrsinfrastruktur ist ein wichtiger Standortfaktor. Ich meine, wir dürfen unsere gute Position in diesem Bereich nicht durch Experimente gefährden. Der von den SP-Initianten geforderte ÖV-Fonds weist finanz- und ordnungspolitisch den falschen Weg. Abgesehen davon, dass die jährliche Dotierung mit 15 Millionen Franken schlicht lächerlich wäre. Denn der Finanzbedarf verschiedener künftiger ÖV-Projekte – zum Beispiel der Ausbau der Regio-S-Bahn mit Kosten von circa 500 Millionen Franken – übersteigt diesen Betrag bei Weitem – auch wenn sich der Bund an solchen Projekten beteiligen würde. Die Initianten begehen sodann einen bedenkl-

chen ordnungspolitischen Sündenfall, indem dem Fonds jeweils mehr Geld entnommen werden könnte, als Einlagen überhaupt vorhanden wären. Das bedeutet nichts anderes, als dass die laufende Verschuldung dieses Fonds – angesichts der absehbaren rot-grünen Begehrlichkeiten – bereits heute programmiert ist. Eine solche Kässeli-Politik ist verantwortungslos, sie torpediert eine verantwortungsvolle Finanzpolitik unseres Kantons. Ich empfehle deshalb ein Nein zur ÖV-Initiative.

HANSPETER FREY-RIEDER, FDP, LANDRATS-VIZEPRÄSIDENT, ALLSCHWIL

Klar Sachverhalt der Parteien dargelegt

Wie viel Armee braucht das Land?; BaZ 16.9.08

Einen herzlichen Dank geht an Herrn Ramseyer für seinen ausführlichen Bericht. Darin hat er uns Lesern ganz einfach und klar den Sachverhalt einzelner Parteien dargelegt. So haben wir nun die Möglichkeit, selber eine Meinung zu bilden, ohne dass wir in irgendeiner Weise beeinflusst werden...

NICOLAS JEKER, ROGGENBURG

korrekt

Schnääderräte; BaZ 26.8.08

Aufgrund eines Übermittlungsfehlers wurde der Name des verstorbenen Basler Gastronomen Heinz Bölle auf der Gästeliste einer Veranstaltung vom 18. August 2008 aufgeführt. Die Redaktion bedauert diese Verwechslung sehr und entschuldigt sich bei den Angehörigen.

Jeden Tag die BaZ im Briefkasten.

Senden Sie mir bitte die Basler Zeitung nach Hause.

- 4 Wochen lang gratis zur Probe
- 4 Wochen lang gratis und ein Jahr für nur Fr. 368.–

(Angebote gültig bis 31. 12. 2008, in der Schweiz und im Grenzgebiet Basel. Abopreis inkl. 2,4% MWSt.)

Name: _____
Vorname: _____
Strasse: _____
PLZ/Ort: _____
Telefon: _____

Bitte einsenden an:
Basler Zeitung, Abonnemente, Postfach, 4002 Basel